

Manager stützen Energiewende bis zur Pleite Warum wehren sich die Gewerkschaften nicht dagegen?

Die "Energiewende" (Kosten ohne Ende) führt zu immer schneller steigenden Stromkosten. Diese treiben immer mehr Betriebe in die Pleite, weil sie gegenüber Ländern mit einer marktwirtschaftlichen Energieversorgung nicht mehr wettbewerbsfähig sind. In den USA, in China, Frankreich, Polen und selbst in der Ukraine kostet die Kilowattstunde Strom nur ein Drittel bis die Hälfte der deutschen Preise. Die Folgen sind zunehmende Verluste der deutschen Firmen und damit Verluste von bisher wirtschaftlichen Arbeitsplätzen. Viele Manager stöhnen zwar über die nicht mehr verkraftbaren Stromkosten und wachsende Verwaltungskosten, um einen Erlass der EEG-Umlage zu erreichen. Sie sind aber trotzdem weiter für die Energiewende bis zur Pleite. Auch die Gewerkschaften stützen die Energiewende, obwohl immer mehr Mitglieder durch diese Politik arbeitslos werden. Warum ist das so?

Einfluss der Medien und der Industrieberater

Die Medien, an der Spitze die öffentlich rechtlichen Fernsehanstalten ARD und ZDF, die Bildzeitung und die lokalen Tageszeitungen, aber auch die "Seriösen" wie Frankfurter Allgemeine, Welt, Handelsblatt und Süddeutsche bringen immer wieder Erfolgsmeldungen über den Bau weiterer Windstromanlagen, Solarstromanlagen und Biostromanlagen, verschweigen jedoch die dadurch schnell weiter steigenden Stromkosten. Dafür wird der Unsinn verbreitet, ein neu erstellter Windpark könne einige Tausend Haushalte mit Strom versorgen. Richtig ist: Mit Wind kann man keinen einzigen Haushalt versorgen, wenn Flaute ist. Und nachts kommt von Solaranlagen kein bisschen Strom.

Aber auch die einflussreichen Industrieberater wie McKinsey, Berger usw. drängen die Firmen, sich zur Energiewende zu bekennen. Sie argumentieren, mit kohlendioxidneutralen Produkten wie "grünem" Strom, Holzpellets und Biogas könne man Umsatz und Gewinne steigern und gleichzeitig die Firma positiv bei der Bevölkerung ins Licht setzen. Denn die deutschen Medien haben über viele Jahre eine gute Propaganda für die Energiewende geleistet. Die Firmen seien aber auch auf diese Politik angewiesen, um gute junge Mitarbeiter zu gewinnen. Die langfristige einseitige Indoktrination in den Schulen mit Unterstützung staatlicher Stellen im Hinblick auf eine drohende Klimakatastrophe und deren Vermeidung durch Kohlendioxidminderung aus fossilen Brennstoffen, würde den Nachwuchs zu klimabewussten Firmen treiben. Viele Firmen beugen sich dieser Meinung und geben sich "grün" in der Öffentlichkeit. Die Wendepolitik hat so ein leichtes Spiel. Doch wie verhalten sich die Firmen im Einzelnen? Man kann sie in drei Gruppen einteilen.

Verlagerte Werke	Ort	Arbeitsplätze
Thyssen-Edelstahl	Bochum	
Windsor	Bielefeld	500
Schäffler-Radl.	Schweinfurt	900
Nokia	Bochum	
Continental-Reifen	Hannover	
Grohe	Herzberg u.a.	1200
Samsung-Bildröhren	Berlin	700
Norsk-Hydro Al	Hamburg	850
Epcos (Siemens)	diverse	1700
Siemens-VDO	Würzburg	1600
Opel	Bochum	
Gieseke & Derivent	Tegernsee	
Adidas	Herzogenaurach	
Electrolux-AEG	Nürnberg	1700
TMD-Friktion	Leverkusen	570
MAN	Plauen	500
Iveco	Ulm	700
Geiger Automotive	Murnau	250
Faurecia	diverse	1500
Leoni	diverse	1400

NAEB e.V. Betriebsverlagerungen in das Ausland
Unvollständige Liste vom Oktober 2014
Verlagerung von Betrieben mit mehr als 200 Mitarbeitern
ins Ausland seit 2005

NAEB-Liste der Betriebsverlagerungen ins Ausland

Firmen, die an der Energiewende verdienen

Firmen, die Anlagen für Windstrom, Solarstrom und Biostrom planen, bauen, montieren und warten, werden sich für die Energiewende einsetzen. Wie gut man daran verdienen kann, zeigt die Firma Enercon in Aurich. Der Firmenchef ist innerhalb von weniger als 20 Jahren zum Milliardär geworden. Aber Vorsicht! Verdient wird nur, solange die "Energiewende" (Kosten ohne Ende) durch hohe, lukrative Vergütungen des Ökostroms mit dem Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) oder anderen Gesetzen vorangetrieben wird. In einer Marktwirtschaft hat die Ökostromerzeugung keine Chance. Sie ist viel zu teuer und technisch unbrauchbar, da zufallsabhängig. Bei Flaute gibt es keinen Windstrom und nachts scheint keine Sonne.

Diese Firmen werden nicht mehr gebraucht, wenn das EEG oder andere stützende Gesetze wegfallen und die Stromerzeugung wieder nach marktwirtschaftlichen und technisch rationalen Gesichtspunkten erfolgt. Das kann jederzeit mit einer Gesetzesänderung geschehen. Doch selbst wenn die unsinnige Energiewende nach den Plänen der Bundesregierung zu Ende gebracht würde, werden dann die vielen Anlagen zur Herstellung, zum Transport und zur Montage für die Ökostromerzeugung überflüssig. Pleiten mit vielen Industrieruinen werden nur um einige Jahre verschoben.

Hoffnung auf vorübergehende Kostensteigerungen

Vor allem mittelständige Unternehmen leiden immer stärker unter der deutschen Energiepolitik. Ein Beispiel dafür ist die Gießerei Sande bei Wilhelmshaven. Nach einem Bericht in der Wilhelmshavener Zeitung hat sich die Gießerei auf hochwarmfesten Stahlguss spezialisiert, der für Dampfkraftwerke mit hohem Wirkungsgrad benötigt wird. Mit der gleichen Brennstoffmenge kann man dann mehr Strom erzeugen. Die Spezialisierung auf hochwertige Produkte hat die Wertschöpfung erhöht. Damit sinkt der Strombedarf zum Schmelzen der Stahllegierungen im Verhältnis zur Wertschöpfung. Die Firma fällt deshalb nun nicht mehr unter die energieintensiven Betriebe und muss den Strom sehr viel teurer bezahlen als die ausländische Konkurrenz.

Hinzu kommt das Ökostrom-Dumping. Ökostrom wird an der Börse zu jedem noch so niedrigen Preis verhökert. Findet sich kein Abnehmer, wird er sogar verschenkt oder dem Abnehmer wird noch ein Bonus bezahlt (negativer Strompreis). Die Differenz zu den hohen und lukrativen Einspeisevergütungen, die nach dem EEG gezahlt werden müssen, tragen alle Stromkunden mit immer weiter steigenden Stromkosten. Diese Praxis hat zu fallenden Strompreisen an der Börse geführt. Die konventionellen Stromerzeuger müssen in die Preise einsteigen und verdienen nicht mehr genug, um dringend notwendige neue Kraftwerke zu bauen, die ja immer bereit stehen müssen, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. So ist die weitere Folge der deutschen Energiepolitik das Ausbleiben von Aufträgen für Gussteile aus dem hochwarmfesten Stahl der Gießerei Sande für effizientere Kraftwerke.

Viele mittelständische Unternehmen sind in der gleichen Lage wie die Gießerei Sande. Die Gewinne schrumpfen. Es wird versucht gegenzusteuern. Investitionen werden zurückgestellt, die Wartung der Anlagen wird minimiert und es werden Mitarbeiter entlassen. Dies geschieht alles in der Hoffnung, die Strompreise werden in Zukunft wieder sinken. Doch dies ist ein Irrtum, solange die Energiewende weitergeführt wird. Auch ein Wohlverhalten der Betriebsführung durch Eintreten für die Energiewende wird von der Politik nicht honoriert. So hat der Wirtschaftsminister von Niedersachsen, Olaf Lies, der Gießerei Sande keine Hilfe in Aussicht gestellt.

Verlagerung ins Ausland ohne Kapitalverluste

Besser geht es dagegen Unternehmen, die bereits Betriebe im kostengünstigen Ausland haben. Auch hier stimmen viele Betriebsführungen im Zuge der "Politischen Korrektheit" der Energiewende offiziell zu. Doch gleichzeitig werden die Investitionen heruntergefahren und die Wartung der Anlagen vermindert. So wird mit abgeschriebenen Anlagen gut verdient. Dies ist eine wesentliche Ursache für die zur Zeit gute wirtschaftliche Lage in Deutschland.

Mit den Gewinnen werden im Ausland neue Anlagen aufgebaut und so die Aktivitäten verlagert. Ist der Betrieb weitgehend heruntergewirtschaftet, wird er an eine "Heuschrecke" verkauft, die dann die Insolvenz durchführt. Die deutschen Arbeitnehmer werden arbeitslos ohne jede Abfindung. Dieser Prozess läuft bei vielen großen Firmen aus dem Bereich der Grundstoffindustrie, der Chemie und der Baustoffindustrie seit einer Reihe von Jahren ab. Die Firmen können nicht spektakuläre Betriebsschließungen mit Hinweis auf die Kosten durch die Energiewende durchführen, weil dann das noch vorhandene Kapital für Abfindungen aufgebraucht wird. Also werden sie öffentlich die Energiewende nicht verdammen oder sogar gutheißen und still die Verlagerung ihrer Betriebe in das kostengünstige Ausland betreiben.

Nach Angaben von Dr.-Ing. Dieter Ameling, ehemaliger Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl in Düsseldorf, sind rund zwei Millionen Arbeitsplätze in der Grundstoffindustrie von dieser Entwicklung betroffen. Als Folge wird aber auch der Maschinenbau, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, getroffen. Die Betriebe sind zwar weniger energieintensiv. Sie sind aber auf spezielle Werkstoffe der Grundstoffindustrie angewiesen. Bisher funktioniert die Zusammenarbeit in der Wertschöpfungskette von der Werkstoffentwicklung bis zur fertigen Maschine ohne Probleme. Es sieht aber ganz anders aus, wenn zum Beispiel für ein neues Auto ein spezieller Werkstoff in China entwickelt werden muss, weil Deutschland keine Grundstoffindustrie mehr hat.

Die Rolle der Gewerkschaften

Auch die Gewerkschaften befürworten die Energiewende. Sie demonstrieren zwar gegen den Arbeitsplatzabbau, machen aber dafür das Missmanagement der Betriebsführung verantwortlich. Der Hauptgrund, die immer teurer werdende unsinnige Energiewende, wird jedoch weiter unterstützt. Ob dies aus ideologischen Gründen oder aus Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge oder einfach durch Mitlaufen mit der seit Jahren indoktrinierten Bevölkerung geschieht, ist unklar. Doch jeder Grund zeigt, dass die Gewerkschaften nicht nach sachlichen Kriterien wirken. In jedem Fall schaden sie einer wachsenden Zahl ihrer Mitglieder, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder um ihn bangen.

Folgerung

"Mit jeder neuen Ökostromanlage steigen die Stromkosten weiter an und damit auch die Probleme", sagt der Vorsitzende vom Stromverbraucherschutz NAEB e.V., Heinrich Duepmann. "Es wird höchste Zeit, den Spuk zu beenden. Die Energiewende treibt Deutschland sonst in die Bedeutungslosigkeit".

Prof. Dr. Hans-Günter Appel

2. Vorsitzender und Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz

Dieser Presstext ist mit Quellenangabe frei verwendbar, wenn der Text unverändert und vollständig enthalten ist. Es werden keine Lizenzbeträge beansprucht.
http://de.wikipedia.org/wiki/Leistungsschutzrecht_für_Presseverleger

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Heinrich Duepmann
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Fax 05241 70 2909
Hans-Guenter.Appel at NAEB.info
www.NAEB.de

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 740 4728
Hans.Kolpak at NAEB-EEG.de
www.NAEB-EEG.de